

100-Tage-Programm der CDU Brandenburg

**Dein
Land
kann's
besser.**



Foto: Laurence Chaperon

Am 22. September 2024 geht es um die Zukunft Brandenburgs. Es geht darum, dass unser Land in den nächsten Jahren sicher bleibt, sich gut entwickelt und die bestehenden Probleme gelöst werden. Dafür braucht es Mut, Kraft und Zuversicht. Doch viele Menschen haben derzeit wenig Vertrauen in Staat und Politik. Sie zweifeln an einer positiven Entwicklung, weil die Ampel mit falschen Entscheidungen und schlechter Regierungsarbeit für große Unzufriedenheit sorgt.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger fordern zu Recht: Es muss sich in vielen Bereichen etwas ändern. Nach über 30 Jahren SPD-geführten Regierungen ist es Zeit für einen Wechsel. Nicht aus Frust und Wut heraus, sondern aus der Überzeugung, dass es besser geht. Die CDU will Verantwortung übernehmen und beweisen: Dein Land kann 's besser.

Besser bei Migration und Sicherheit.

Besser für die Fleißigen.

Besser für die Bildung.

Besser für die Industrie und das Handwerk.

Besser beim Abbau von Bürokratie.

Auch wenn manche Fragen nicht nur auf Länderebene zu regeln sind, werden wir zeigen: Die CDU redet nicht nur, sondern sie macht auch – und zwar das Richtige. Wir werden sofort loslegen, wichtige Punkte gleich in den ersten 100 Tagen anpacken und so die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes stellen.

1. Konsequenz bei Grenzkontrollen und Migration

Die letzten Monate haben deutlich gezeigt, dass gezielte Grenzkontrollen wirken. Vor allem auf Druck der CDU wurden seit Oktober 2023 nach langem Widerstand und Zögern der Bundesinnenministerin über tausend illegale Einreisen verhindert und hunderte Schleuser und Schlepper an der deutsch-polnischen Grenze festgenommen. Das entlastet unsere Kommunen und kommt denen zugute, die wirklich auf unsere Hilfe angewiesen sind.

Deshalb werden wir darauf drängen, dass diese Grenzkontrollen zu Polen fortgesetzt werden, bis die EU-Außengrenzen ausreichend geschützt sind. Initiativen auf Bundesebene zur Aussetzung der Dublin-III-Verordnung, wird Brandenburg unter Führung der CDU mit ganzer Kraft unterstützen. Dies betrifft insbesondere die Zurückweisungsmöglichkeiten gemäß Artikel 16a des Grundgesetzes, nach dem Asylsuchende, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, keinen Anspruch auf ein Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland haben.

2. Aufbau der Märkischen Grenzpolizei

Nicht nur wegen der illegalen Migration, sondern auch aufgrund der gestiegenen Straftaten im Osten Brandenburgs werden wir die Brandenburger Polizeistruktur stärken. Einbrüche, Drogenhandel und Schmuggel, aber auch Auto- oder Maschinendiebstähle werden so bekämpft. Die Einrichtung der Märkischen Grenzpolizei in Form einer zusätzlichen Hundertschaft, die der Bereitschaftspolizei zuzuordnen ist, wird unverzüglich begonnen.

Wir setzen deshalb eine Task Force ein, die alle erforderlichen Schritte vorbereitet. Dabei werden wir eng mit dem Freistaat Sachsen kooperieren, der ebenfalls eine solche Einheit aufbauen will. Zudem werden wir uns mit dem Freistaat Bayern austauschen, der bereits seit mehreren Jahren erfolgreich eine Grenzpolizei im Einsatz hat.



3. Sicherheit im öffentlichen Raum

Damit Brandenburg ein sicheres Land bleibt, wollen wir den Schutz im öffentlichen Raum weiter verbessern. Vor allem an Orten, an denen wiederholt Straftaten zu verzeichnen sind, soll mit erhöhter Polizeipräsenz und Videoüberwachung für mehr Sicherheit gesorgt werden.

Wir werden dafür alle Spielräume und Möglichkeiten nutzen, um Sicherheit und Ordnung zu stärken und die entsprechenden Rechtsgrundlagen unverzüglich anpassen.

4. Bürgergeld abschaffen und Hilfsleistungen neu justieren

Tausende Menschen in Deutschland könnten durchaus arbeiten, leben aber von der staatlichen Leistung des Bürgergeldes. Gleichzeitig gibt es auf dem Arbeitsmarkt viele offene Stellen. Statt kosmetischer Korrekturen der Ampelparteien braucht es ein komplett neues System mit Beweislastumkehr: Wer Bürgergeld bezieht, soll selbst nachweisen, dass er nicht in der Lage ist zu arbeiten. Erst dann sind Unterstützung und Hilfe gerechtfertigt.

Gemeinsam mit anderen Bundesländern werden wir den Druck zur Abschaffung des Bürgergeldes in seiner jetzigen Form deutlich erhöhen – beispielsweise über den Bundesrat und mit einem Beschluss auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz.

5. Einheitliche Anwendung der Bezahlkarte für Geflüchtete

In Brandenburg wird die Bezahlkarte für Asylsuchende eingeführt, das haben Landesregierung, Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindebund bereits vereinbart und sich auf Eckpunkte verständigt. Demnach soll jeder Erwachsene eine eigene Bezahlkarte erhalten, mit der der Lebensbedarf eigenständig gedeckt werden kann. Als Bargeld sollen dabei für volljährige Karteninhaber 50 Euro und für Minderjährige 25 Euro im Monat verfügbar sein.

Wir werden dafür sorgen, dass diese Vereinbarung unverzüglich und flächendeckend umgesetzt wird.

6. Brandenburg-Bonus für Wohneigentum

Da die Ampel, anders als versprochen, den Ländern keine Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer ermöglicht hat, werden wir Käufern und Bauherren die gezahlte Grunderwerbsteuer für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum zurückerstatten. Dabei soll die Förderung bis zu 10.000 Euro je Käufer (max. 2 Erwachsene = 20.000 Euro) und 6.000 Euro für jedes Kind unter 18 Jahren betragen. Für eine vierköpfige Familie bedeutet das den Entfall der Grunderwerbsteuer bei einem Kaufpreis von knapp 500.000 Euro.

Wir werden die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung in den ersten 100 Tagen abstimmen und den Brandenburg-Bonus ohne unnötige Bürokratie und mit einer einfachen, digitalen Antragsstellung auf den Weg bringen.





7. Lesen-Schreiben-Rechnen-Garantie

Der sichere Umgang mit der deutschen Sprache und das Beherrschen der Grundrechenarten sind elementare Voraussetzungen für den weiteren Bildungsweg. Leider haben viele Brandenburger Grundschüler Probleme, die notwendigen Bildungsstandards zu erreichen. Wir wollen deshalb eine Bildungswende einleiten, damit Brandenburg bei künftigen Ländervergleichen vom unteren ins obere Drittel aufsteigt und unsere Kinder beste Chancen für den weiteren Lebensweg erhalten. Dafür wollen wir die Stundentafel in den ersten Jahren stärker auf die Grundfähigkeiten beziehungsweise die Fächer Deutsch und Mathematik ausrichten.

Wir werden in den ersten 100 Tagen gemeinsam mit Lehrkräften, Verbänden und Elternvertretern sowie bildungswissenschaftlichen Experten die praxisgerechte Umsetzung der Lesen-Schreiben-Rechnen-Garantie ausgestalten, um erste Ergebnisse bereits im Schuljahr 2025/2026 auf den Weg zu bringen.

8. Landwirtschaft entlasten statt belasten

Den Belastungen für die heimische Landwirtschaft durch die Ampel werden wir konkrete Maßnahmen des Landes entgegensetzen. So werden wir den Klimaplan im Hinblick auf die Landnutzung überarbeiten und die seit Anfang 2024 in Kraft befindliche Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie aufheben, da sie die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft verschlechtert. Die Jagddurchführungs-Verordnung werden wir im Hinblick auf jagdbare Wildarten und Schonzeiten (Aufnahme des Wolfes ins Jagrecht, ebenso Bisam und Nutria, Anpassung der Sommerschonzeit

auf Schalenwild) anpassen.

Wir werden den Dialog mit Landwirten, Waldbesitzern und Nutztierhaltern aufnehmen und deren Interessen berücksichtigen.

9. Kostenfreien Meisterbrief

Eine Meisterausbildung ist eine gute Investition in die persönliche Qualifikation und zugleich ein wirksames Instrument, um den dringend nötigen Fachkräftenachwuchs auszubilden. Deshalb wollen wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung stärken und den kostenfreien Meisterbrief einführen. Das bedeutet, dass nach erfolgreicher Prüfung alle Kosten, die nicht bereits vom Bund übernommen werden und die über die derzeitige Landesförderung hinausgehen, vollständig erstattet werden.

In den ersten 100 Tagen werden wir uns dafür gemeinsam mit den Handwerks- sowie den Industrie- und Handelskammern über eine unbürokratische Ausgestaltung verständigen und die kostenfreie Meisterausbildung als neues Fördermodell rasch umsetzen.



10. Kita-Bildungsplan überprüfen und anpassen

Bereits im Alter von zwei Jahren ist nachweisbar, dass Kinder unterschiedliche Kompetenzen ausprägen und gefördert werden können. Das große Potenzial der frühen Bildung wollen wir besser nutzen, um alle Kinder „schulfit“ zu machen und so den erfolgreichen weiteren Bildungsweg vorzubereiten. Die Qualität der Kinderbetreuung muss mit der angestrebten Beitragsfreiheit Hand in Hand gehen.

Deshalb werden wir den Kita-Bildungsplan überprüfen und für die letzten beiden Kita-Jahre ein verbindliches Bildungscurriculum einführen. Ziel sind einheitliche Qualitätsstandards, auf deren Einhaltung geachtet werden muss.

11. Alle Krankenhausstandorte sichern

Viele Krankenhäuser in Brandenburg sind in einer schwierigen finanziellen Lage. Für 2024 schafft ein Sonderförderprogramm des Landes zwar Sicherheit, aber die Zukunft ist durch die Krankenhausreform ungewiss. Ohne sich über die konkreten Folgen für die Versorgung vor Ort klar zu sein, plant die Bundesregierung den Umbau auf Kosten der Länder und Versicherten. Die Krankenhausplanung ist aus gutem Grund eine Länderangelegenheit, um die flächendeckende Grundversorgung zu gewährleisten.

Wir werden den Erhalt aller Krankenhausstandorte auch im Jahr 2025 sichern sowie Lösungen für den langfristigen Erhalt unterstützen. Gegenüber dem Bund werden wir einfordern, dass die Auswirkungen des geplanten neuen Finanzierungssystems klar sein müssen und die Planungshoheit der Länder stärker berücksichtigt wird.



12. Bürokratieabbau und Aufgabenkritik angehen

Es wird oft und viel über den Abbau überflüssiger Normen und Standards sowie komplizierter Verfahren gesprochen. Der Forderung der Wirtschaft, aktiv beim Thema Bürokratieabbau beteiligt zu werden, tragen wir mit der Einrichtung eines „Brandenburger Wirtschaftsrates“ Rechnung. Wir werden es aber nicht beim Einsetzen neuer Gremien belassen oder Prüfaufträge veranlassen, sondern sofort mit konkreten Maßnahmen loslegen und zügig das erste märkische Entfesselungsgesetz verabschieden und konkrete Entlastungen angehen. Dies betrifft beispielsweise:

- Schulen, die von nicht zwingend erforderlichen Dokumentations- und Berichtspflichten befreit werden sollen, damit mehr Zeit für den Unterricht bleibt;
- die Baubranche, für die wir gemeinsam mit Architekten, Ingenieuren und Handwerksunternehmen Nachweis- und Statistikpflichten vereinfachen oder verringern werden;
- die Kommunen, denen wir durch eine mittelstandsfreundlichere Ausgestaltung des Vergaberechts mehr Flexibilität bei öffentlichen Aufträgen einräumen;
- die öffentliche Verwaltung, in der durch Digitalisierung Dienstleistungen durchgängig online möglich sein sollen, beispielsweise bei der Gewerbeanmeldung;
- Anträge, die automatisch als genehmigt gelten, wenn ein Amt nicht binnen einer gewissen Frist widerspricht (Genehmigungsfiktionen)

Zudem werden wir unmittelbar zu Beginn der Wahlperiode eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenkritik als „Brandenburg-Inventur“ in allen Ministerien durchführen, um Strukturen zu vereinfachen, Schwerpunkte neu zu justieren und gezielte Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen.

**Dein
Land
kann's
besser.**

Dr. Jan

Redmann

Ministerpräsident für Brandenburg.

Dein Land kann's besser.



cdu-brandenburg.de



x.com/cdu_brandenburg



facebook.com/BrandenburgCDU



@cdubrandenburg



CDUBrandenburg



bit.ly/CDU-Whatsapp



tiktok.com/@cdubrandenburg

